

Volkswacht

Anzeigenpreis:

Die 6spaltige Zeile 25 Bg. für anwärts 30 Bg., die 2spaltige Reklamezeile 80 Bg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Bg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Bg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Postgebühren. In den Abholstellen monatlich 30 Bg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 41

Danzig, Sonnabend den 14. Oktober 1916

7. Jahrgang

Freiheit der Meere

Die von England und Frankreich erfolgte Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration hat die Aufmerksamkeit des Binnenlandes auf die Seerechtsfragen gelenkt. Großen Teilen unserer Öffentlichkeit scheint allerdings die „Freiheit der Meere“ bloß ein Schlagwort zu sein, das erfunden ist, um die Kriegsleidenschaften aufzupeitschen. Andere schätzen die Bedeutung der Frage nicht hoch genug, um ihr ernstes Nachdenken zu widmen. Im Frieden, so meinen sie, sei diese Freiheit ja selbstverständlich. Im Krieg aber, der das Recht erfahrungsgemäß nur so weit gelten lasse, als hinter ihm die Macht steht, sei eine rechtliche Regelung der Hochseeschifffahrt ohnehin nutzlos.

Indessen trifft dies Urteil weder auf den Frieden noch auf den Krieg zu. Wichtig ist bloß, daß in dem letzten Jahrhundert vor diesen Kriegen die Meeresfrage praktisch für kein Volk aktuell geworden ist. Dadurch ist ihr geschichtlicher Zusammenhang in dem Bewußtsein der festländischen Öffentlichkeit untergegangen. Durch all die langen Jahrhunderte, die Europas Küstenstaaten wieder in größerem Ausmaß die Hochsee befahren, hat das Seerecht die Geister lebhaft beschäftigt. Es hat die Nafeinsinteressen mancher Staaten tiefinnerlich berührt und seine Störungen haben den Frieden Europas nicht selten bedroht. Die höchste Steigerung hat der Kampf um die Freiheit der Meere in zwei geschichtlichen Maßregeln erfahren. In der englischen Schifffahrtssakte vom Jahre 1651 und in Napoleons Kontinentalperre vom Jahre 1806. Beides waren Maßregeln von gleich tief einschneidender Wirkung, wenn auch von sehr ungleichem Enderfolg.

Der Weltkrieg hat die Bedeutung der Seebegrenzung jählings der ganzen Welt wieder ins Bewußtsein gebracht durch die geplante Aushungerung von 120 Millionen Menschen. Daß sich dieser Plan als undurchführbar erweisen sollte, beweist wenig die Unmöglichkeit eines Völkerrechtszustandes, der hierbei auch nur möglich erscheinen läßt. Es ist kaum anzunehmen, daß sich irgend jemandes Rechtsbewußtsein mit einer Lage abfinden kann, die das Dasein von Millionen auch nur gegebenenfalls in das Belieben einer dritten Macht stellt. Diese Millionen wären dann nur noch frei in dem Sinne, wie der bedingt Verurteilte auf Widerruf in Freiheit gesetzt ist.

Worum besteht nun die sogenannte Freiheit der Meere, das „Mare liberum“ des Hugo Grotius, des ersten großen Völkerrechtslehrers der Neuzeit? Das Meer ist, nachdem die frühere Küstenschifffahrt mit kleinen Booten zur Hochsee- und Dampfschifffahrt erweitert ist, zwischen den Ländern und Wohnhäusern der Bürger. Es ist das allen unerläßliche, allen gemeinsame Mittel der Bewegung und des Verkehrs. Diese Notwendigkeit drückt das Völkerrecht in dem Satz aus: Die offene See ist keiner Staatsgewalt unterworfen, ist gemeinsames Gut aller. Seebegrenzung ist daher im Begriff schon nicht mehr rechtlicher Natur, sondern rein tatsächliche Gewalt jenseits des Rechts. Das Völkerrecht kennt eine beherrschte Hochsee überhaupt nicht; bloß Küsten- und Binnen-gewässer stehen unter Staatshoheit.

Das freie Meer widerstrebt an sich der Beherrschung durch staatliche Mittel. Es ist zu unermeßlich, um sich in Fesseln schlagen zu lassen. Nicht so die Schifffahrt zu Meere. Denn sie strebt vom Heimat- zum Bestimmungshafen, somit von einem in den andern engbegrenzten Bezirk. Schiffe auf der sogenannten langen Fahrt müssen Zwischenhäfen anlaufen und müssen die Freiheit dazu auch im dritten Küstengebiet haben. Sie müssen Wasser, Proviant und heute vor allem Kohle einnehmen dürfen. Ohne dieses Recht, das ja deshalb heute nicht einmal dem Kriegsschiff im neutralen Hafen verweigert werden darf, ist Hochseeschifffahrt überhaupt undenkbar.

Der Ausgang ins weite Weltmeer führt an vielen Stellen durch schmale Meerengen oder Kanäle, die sich vom Festland aus durch wenige Geisbüche beherrschen und schließen lassen. Das Mitteländische Meer, dieses gewaltige Wasserbecken, um das die ganze Kulturwelt des Altertums Raum fand, ist heute durch die Meerenge von Gibraltar und den Suezkanal, die beide unter der Gewalt Englands stehen, leicht zu verschließen und in ein britisches Binnenmeer umzuwandeln. England kann es zutun wie eine Flasche. Unzulänglich ist der Trost, daß es dies im Frieden ja nicht tut. Ebenso unzulänglich wie daß der Mann, der den Schlüssel zu meiner Wohnung besitzt, ohnehin so gütig und gerecht ist, mich in der Regel nach meinem Belieben aus und eingehen zu lassen. Es genügt, daß ich von seinem Willen abhängen, um den Zustand als Unfreiheit zu empfinden.

Im Frieden des letzten halben Jahrhunderts ist dieser Zustand des Seerechts nicht empfunden worden. Weil England seine allmählich mit List und Gewalt errungene Herrschaftstellung über fast alle Weltseefahrtswege, Meerengen, Kanäle und wichtigen Flottenstationen aus eigenem Interesse — rein tatsächlich, nicht aus Rechtsgründen — so verwaltet hat, daß im Frieden kein Handelsschiff belästigt worden ist. Seit einem Jahrhundert etwa bekann sich England zur Freiheit der Handelschifffahrt wie seit drei Vierteljahrhunderten zum Freihandel. Ob es sich dauernd zu diesem System bekennt, steht ausschließlich in seinem Belieben, das heißt im Beschluß seines Parlaments. Dieses vermag im tiefsten Frieden alle Maßregeln anzuwenden, um die fremde Schifffahrt zu unterbinden. Durch Friedensmaßregeln, die heute ganz in Vergessenheit geraten sind, weil sie so lange außer Gebrauch sind, deren „Rechtlichkeit“ jedoch unbestreitbar ist. Diese Maßregeln haben durch Jahrhunderte eine große Rolle gespielt. Wenn man die Berichte über die Ententeoffensiv in Paris aufmerksam liest, merkt man deutlich, wie sehr sich die Gedanken der Westmächte um sie bewegen.

Solche Maßregeln sind: einmal der Flaggenzoll. Dies ist die Auflage eines besonderen Zolles auf Schiffe einer bestimmten Nation sowie auf Waren, die mit diesen Schiffen ausgeführt werden. Dann der Zwischenzoll auf Waren, die über einen Hafen verfrachtet werden und der bei der bloßen Landung zu entrichten ist. Ferner die Zollunterscheidung nach den Waren, die nicht auf heimischen Schiffen zugeführt werden und höher verzollt werden, als die Einfuhr auf heimischen Schiffen. Sie wird heute schon in den Vereinigten Staaten angewendet. Ferner das Verbot, fremde Waren überhaupt auf andern als heimischen Schiffen oder auf Schiffen bestimmter Nationalität einzuführen. Auch das Verbot, die Hafenanlagen zu benutzen, in bestimmten Flottenstationen zu landen oder Kohle zu nehmen. Ebenso die Verweigerung der Schiffskohle überhaupt. Endlich der sogenannte Sundzoll, eine besondere Abgabe beim Passieren eines Kanals oder einer Meerenge, wie sie von Dänemark lange Zeit im Sund auch tatsächlich erhoben worden ist. Die höchste Steigerung dieser Beschränkungen ist das allgemeine Landungsverbot (Kontinentalperre).

Solche Vorkehrungen werden durchaus auf eigenem Hoheitsgebiet getroffen, liegen in der souveränen Willkür der Gesetzgebung des Einzelstaates und können rechtlich nicht bestritten werden. Kommen sie zur Anwendung, so wird die betroffene seefahrende Nation darin natürlich einen „Kriegsfall“ sehen. Aber gerade dies beweist, daß schon bei nicht aufgehobenem Völkerrecht heute die seefahrenden Nationen unter Umständen nur das Hilfsmittel des Krieges haben, um ihre Lebensinteressen zu wahren. Denn die Aufschrift auf dem Bremer Kaufmannshaus: Navigare necesse est, vivere non est necesse. Seeschifffahrt ist notwendig, zu leben ist nicht notwendig, hat heute wenigstens in ihrem ersten Teile für die meisten Völker ohne Zweifel ihre Richtigkeit.

Was wir hiermit beweisen wollen, ist das Folgende. Schon das bisher geltende Friedensrecht reicht für den fortgeschrittenen Weltverkehr nicht aus! Es muß eine der wichtigsten Aufgaben des künftigen Friedensschlusses sein, die allgemeine Verkehrsfreiheit auf dem Meere zu erweitern und sicherzustellen! Aber nun erzt gar das Seerecht im Kriege! Wiederholt wurde der Beweis geführt, daß die unbezweifelbaren Rechte der Neutralen, auf Schiffen ihrer Flagge die Hochsee frei zu benutzen und untereinander wie mit den Kriegsführenden unter gewissen Schranken Handel zu treiben, von England um des Aushungerungsziels willen auf das rückfischteste beeinträchtigt und zum Teil beseitigt worden sind. Die Neutralen sind wehrlos gegen solche Erdrosselung ihrer verbürgten Freiheiten. Sie sind es solange die interozeanen Kanäle, Schifffahrtswege und Flottenstationen in der ausschließlichen Gewalt einzelner sind. Das gilt für Gibraltar und Suez wie nicht minder für Panama. Auf der ganzen Linie geht die Machtstellung an einzelnen entscheidenden Punkten dem Bedürfnis der Völkergemeinschaft voran.

Das ist ein wahrer Notstand, eine rechtliche Not. Sie kann nur behoben werden durch neues Recht. Darum gilt es, nachdem einmal das Uebel so allgemein offenkundig geworden ist, nicht seine Erweiterung und Vertiefung. Die Freiheit der Meere ist es, um auch kein leeres Schlagwort. Sie ist eine wichtige Friedensaufgabe, ein Programm der Friedensverhandlungen für all die die Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren wollen.

Wilhelm Liebknecht zur Landesverteidigung

Eine bemerkenswerte Feststellung, die gerade jetzt wieder aktuell geworden ist, hat das „Hamburger Echo“ gemacht. Es gab Neuierungen aus den neunziger Jahren wieder, die sich auf die Frage der Verteidigung Deutschlands und auf das damals bereits abgeschlossene französisch-russische Bündnis beziehen. Es ist von nichts anderem die Rede als von der Stellungnahme des alten Liebknecht, Karl Liebknechts Vater, zur Landesverteidigung. Wilhelm Liebknecht, der wie kein anderer, außer Marx und Engels, persönliche Beziehungen zu Sozialisten aller Länder hatte und gewissermaßen ein Stück Internationale darstellte, war Ende 1892 in Marseille unter französischen Parteigenossen. Neuierungen, die er dort tat, beschäftigten sowohl die deutsche wie die ausländische Presse stark, und lebhafteste Auseinandersetzungen knüpften sich daran. Der Berliner Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung schrieb damals:

„Liebknecht hat mit seinem Austritt in Marseille und mit seinen Interviews etwas fertiggebracht, was bisher kein anderer Deutscher mit gleichem Effekt zustande brachte. Er hat vor einer Versammlung von Franzosen in Frankreich selbst erklärt: Quer Geschrei nach Elsaß-Lothringen ist lörricht und nutzlos. Wenn ihr einen Angriffskrieg gegen Deutschland unternehmt, so findet ihr auch die deutschen Sozialdemokraten als eure Gegner vor euch. Schließlich schleuderte er auf die russisch-französische Freundschaft seine Mißachtung mit einer Schärfe und Heftigkeit, wie sie nur noch der tiefe Haß erklärt, den die Sozialdemokratie naturgemäß gegen Rußland hegt.“

Alles andere, was Liebknecht sonst über die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands jagte, erscheint dem Korrespondenten als rednerischer Biat, um den Franzosen die bittere Bille gelinder beibringen zu können:

„Franzosen, rechnet nicht auf einen inneren Zwiespalt in Deutschlands bei einem Machetrieg wegen Elsaß-Lothringens; denn wir in Deutschland sind alle einig, uns gegen einen Revanchezug zu wehren, und wir hassen die russisch-französische Freundschaft, die ihr zu diesem Zwecke pflegt und ausnuzen wollt!“

Das sei der politische Kern von Liebknechts Ausführungen, meinte der Korrespondent des schweizerischen Blattes.

Ganz natürlich blieben auch die Entstellungen und Verdrehungen von Liebknechts Neuierungen nicht aus, und er sah sich genötigt, diesen entgegenzutreten. Das tat er in einer in Mannheim gehaltenen Rede, in der er einleitend darauf hinwies, ihm sei das eigentümliche Schicksal passiert, daß die französischen Chauvinisten ihn verfahren hätten und die deutschen Chauvinisten über ihn hergefallen seien. Dann setzte er den Begriff des internationalen Sozialismus auseinander und bemerkte dazu: „Ich habe in Marseille keinen neuen Gedanken ausgesprochen, sondern nur dem Gedanken, der das deutsche Proletariat schon seit Jahren bewegt, Ausdruck verliehen.“

Weiter bemerkte er, daß er das Milizsystem an Stelle des stehenden Heeres empfohlen habe, um dann zu erklären:

„Das habe ich in Frankreich gesagt, und zwar nicht in einer Rede, denn das wäre ja sehr taktlos gewesen, sondern in Privatgespräch. Und da gestehe ich denn, es hat mich mit großer Freude erfüllt, daß ich, der ich mich zufällig in Frankreich einer gewissen Popularität weit über die Grenzen von Paris hinaus erfreue, wegen meines Protestes gegen die Annexion Gelegenheit hatte, denjenigen Franzosen, welche nach den Gedanken haben, durch einen Krieg Elsaß-Lothringen wieder zu erobern, einmal gründlich den Star stechen zu können, und so will ich es sagen, und ich will hoffen, daß die Herren von der Presse — es sind ja hier wohl Tausende von Zeugen — in ihren Blättern so berichten, wie es hier vor mir vorgetragen wird. Ich sage: Die Franzosen mögen sich hüten vor dem Gedanken, durch einen Krieg Elsaß-Lothringen wiederzuerlangen. Ihr müßt wohl bedenken, in einem Kriege würdet ihr ganz Deutschland gegen euch haben. Die Art, wie Frankreich jetzt mit Rußland buhlt, und die russische Allianz ist eine Schmach für euch. Würde Deutschland von Frankreich und Rußland angegriffen, und es würde Deutschland nicht gelingen, den Feind aus dem Lande zu werfen, dann würde Deutschland dasselbe Bild zeigen, welches Frankreich vor 100 Jahren — es wurde gerade der Jahrestag der Revolution gefeiert — tat: Deutschland wird daselbe Schauspiel bieten. Wenn die Russen ins Land kommen, dann wird jeder Deutsche — der Sozialdemokrat nicht ausgenommen — den Feind aus dem Lande schaffen helfen. Dann würde selbst ich noch in den Kampf zu ziehen gejonnen sein, um unsere Kultur vor der Barbarei zu schützen.“

Schon vor einem Vierteljahrhundert mußte sich Wilhelm Liebknecht also gegen die Behauptung wehren, er sei — vornehmlich wegen seiner Erklärung über Elsaß-Lothringen — ein Agent der deutschen Regierung. Heute werden die deutschen Sozialdemokraten, die von einem Aufgeben Elsaß-Lothringens nichts wissen wollen, als „Les Socialistes du Kaiser“, als die „kaiserlichen Sozialisten“ bezeichnet. In der Meinung daselbst! Nur — dem alten Liebknecht wurde das entgegengehalten von französischen Chauvinisten. Uns wird es gesagt von französischen und von sogenannten neutralen Sozialisten und — sogar von deutschen Sozialdemokraten!

Insofern ist die Entwicklung weitergegangen. Heute fordern gerade die französischen Sozialisten die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens als Kriegsziel und noch einiges andere dazu.

Die Hölle in der U-Deutschland

Der Kapitän des ersten deutschen Untersee-Dampfers, der unter seiner Führung am 8. Juli in Baltimore ankam, hat über die Hin- und Rückfahrt von Amerika im Verlag von Ullstein & Co., Berlin, unter dem Titel „Die Fahrt der Deutschland“ ein Buch erscheinen lassen...

Der Juni ging allmählich seinem Ende zu und leider auch das gute Wetter. Aufkommende südwestliche Dünung und das Ausbleiben der erhofften Mitströmung waren Zeichen eines im Süden den Lauf des Golfstroms entlang ziehenden Sturmzentrums.

So fahren wir noch einen Tag. Am Abend beginnt es schwül und drückend zu werden; hinter blutroten Dunstschleiern geht die Sonne zögernd unter. Drohend aussehende Luft und heftiges Witterleuchten, dazu rasch wachsende, feuchte Schwüle in der Atmosphäre verkünden die Nähe des Golfstroms. In der Nacht setzen maßlos heftige Gewitter ein...

Die ganze Atmosphäre ist in einem brüllenden Aufruhr, es rollt über uns mit einem einzigen, ununterbrochenen Donnerkrachen, wir kommen in das Zentrum. Ein Regenreigen von Urweltgewittern tost um das Boot, es ist wie das Ende aller Dinge.

Blötzlich tauchen hinter uns die Topplaternen eines großen Dampfers auf. Wir können ihm in der dunkeln Nacht ungeteilt aus dem Wege gehen. In einiger Entfernung zieht er wie eine leuchtende Erscheinung vorüber; es ist ein Passagierdampfer, der, seinem Kurs nach zu schließen, aus dem Mittelmeer kommt.

Brief an einen Kriegsgefangenen

Ich blide stamm auf dieses weiße Blatt, Das meine Hand bedeckt mit krausen Zeichen. Wie Schwesterhaft, einander alle gleichen, Und die du lehen in fremder Stadt...

Danziger Stadttheater

Das Nürnbergisch Ei. Tragödie von W. Harlan. Im alten Nürnberg mit seinem fleißig schaffenden Bürgertum, seinen regen Handelsbeziehungen und der vollstimmigen Kunst der Hans Sachs und Albrecht Dürer lebt der geschworene Meister des Schlosserhandwerks Peter Henlein...

Am nächsten Tage erreichte das Unwetter seinen Höhepunkt. Orkanartige Böen segeln daher, die Luft war von stäubigem Gischt erfüllt. Das Wasser geht nicht mehr in Fäden nieder, es sind ganze Kaskaden, es sind Wände von Wasser, die da vor uns herunterstürzen und geradezu schmerzhaft auf Gesicht und Hände peitschen.

Das Boot arbeitet außerordentlich schwer in der tobenden See. Die Wogen werfen es hin und her, daß es in allen Verbänden kracht. Manchmal hoist es so über, daß man sich mit der einen freien Hand kaum noch an der Brüstung der „Badewanne“ halten kann.

Aber es ist nichts gegen die Hölle dort unten im Boot, besonders in der Maschine. Bei der wilden See müssen natürlich alle Luken geschlossen sein; auch das Turmlut kann nur zeitweise offengehalten werden. Wohl arbeiten zwei große Ventilationsmaschinen unaufhörlich. Aber die frische Luft, die sie aus dem sorgfältig vor Brechern geschützten Ventilations-schacht nach unten saugen, wird von den gierigen Dieselmotoren sofort verschlungen.

Man kann sich gar keinen Begriff machen von der Atmosphäre, die so allmählich entsteht, von der Hölletemperatur, die in dem Boot brütet. Wir hatten im Golfstrom eine Lufttemperatur von 28 Grad Celsius. So warm war schon das uns umgebende Wasser. Frische Luft kommt nicht mehr herein, und im Maschinenraum hämmern in rasendem Viertakt zwei sechszyklindrige Verbrennungsmotoren.

Fast wie Erlösung scheint, wenn die acht Stunden Ruhe vorüber sind und die neue Wache in die Zentrale oder in die Maschine rückt. Nun aber geht das Martrium erst an. Nur mit Unterhemd und Hose bekleidet, stehen die Leute auf ihren Posten, um die Stirn ein Tuch gebunden, das den rinnenden Schweiß von den Augen fernhalten soll.

Sinnen und seine Arbeit waren nicht vergeblich gewesen. Hinfort kann jeder Schiffer auf dem Meere, jeder Kaufmann auf der Fahrt und jeder Bürger seine Uhr bei sich tragen. Die Taschenuhren wurden ihrer damaligen Form wegen „Nürnbergisch Ei“ genannt. Neben dieser Erfindertatigkeit spielt eine Liebesgeschichte zwischen dem Gesellen Apfelbaum und des Meisters Schwester Charitas.

Harlan hat mit dem Nürnbergisch Ei eines der besten historischen Dramen der neueren Literatur geschaffen. Die schwere, sogar düstere Tragik in Meister Henleins Leben hinterläßt aber zu wenig das Gefühl erhebender Befreiung. Die historische Milieu ist überaus treffend gezeichnet; die Personen sind gut charakterisiert.

Die Wiedergabe war gut. Haag hatte als Spielleiter ein lebensechtes, altnürnbergisches Bühnenbild geschaffen. Eine prächtige Figur gab Alwin Henry als der sich für kein Werk opfernde Erfinder. Maria Bera war als seine Ehefrau eine liebe- und gelegentlich auch temperamentsvolle Hausfrau. Leo Huberman bot als Dr. Schedel den edlen Menschenfreund, der er sein soll.

Süßer zu mechanischer Dienstleistung zu zwingen und sich die vier Stunden Wache aufrecht zu halten.

Aber wie lange noch wird das ausgehalten sein? Ich habe in jenen Tagen kein Tagebuch mehr geführt und finde nur die Aufzeichnung: „Höher darf die Temperatur nicht mehr steigen, wenn es die Leute im Maschinenraum noch aushalten sollen.“ Aber sie haben es ausgehalten, sie blieben aufrecht wie Helben, sie taten ihren Dienst, erschöpft, glühend und schweißbedeckt, bis das Sturmzentrum hinter uns lag, bis es draußen aufhörte, bis die Sonne durch die Wolken brach und der abnehmende Seegang gestattete, die Luken wieder zu öffnen.

Dann stiegen sie herauf aus ihrer Hölle; bleich, östriefend und schweißbedeckt kamen sie ans leuchtende Tageslicht und freuten sich der Sonne, als schiene sie ihnen zum erstenmal...

Danziger Nachrichten

Herbstgedanken.

Auch der Herbst weckt Sehnsucht in der menschlichen Brust. Nur ist es eine andere Sehnsucht, wie die des Frühlings. Sie ist schwermütig und entsagungsvoll, vom Schmerz des Abschieds durchzittert. Aber sie ist ebenso Schönes und ebenso notwendig in unserem Leben wie Hoffnung und Freude.

Wunderbar eigenartig spiegelt sich die Stimmung des Herbstes in unserer Seele. Dies späte Glück im Abendsonnenleuchten, wie vom Frieden verklärt. Dieses letzte leidenschaftliche Aufglühn aller Farben, die den Tod schon in sich tragen. Dies schwermütige Schauspiel der Natur, dem wir nicht entrinnen können. Manchem Menschen mag der Herbst mehr geben als der strahlende Lenz, in dem man nur frohlocken will.

Das Herbstfest der Arbeiterjugend.

Am Sonntag im Bürgergarten wieder ein stark gefülltes Haus und frohsinnige Stimmung. Nach den früheren festlichen Veranstaltungen, besonders dem künstlerisch hochwertigen Frühlingsfest, war diese Anziehungskraft nur natürlich. Auch die Durchführung des Herbstprogramms befriedigte in hohem Maße. Schließlich hätte man wünschen können, daß der musikalische Teil reichhaltiger ausgestaltet worden wäre.

irdischer Liebe als Charitis glaubhaft zu gestalten. Die kleineren Rollen des Gesellen, des Seefahrers Behaim und der Köchin Barbara Schwerfegerin waren durch die Herren Lerch, Werbe und Frau Galleiske-Probst sehr gut besetzt.

Ueberfüllte Kirche.

— Snobismus im Kr... Eine kirchliche Korrespondenz macht darauf aufmerksam, daß die „B. Z. am Mittag“ kürzlich folgende Beipredung brachte:

Unter dem Metropolitentheater: „Wenn die Nacht beginnt...“ hat D. A. Alberts eine Reihe von 12 amüsanten Sätzen über Lauenhienbummel, Stoffernparnis, Butterpolonaise und Automangel verfertigt, die Rudolf Nelson in der ihm eigenen flüchtigen, melodischen Weise vortrug hat. Erstausführung in Reli'schen Künstlerspielen am Kurfürstendamm vor überfüllten Sektionshäusern. Auf der geschickt hergerichteten Bühne eine Reihe liebenswürdiger Darstellerinnen, die in bester Laune ihre Pieder singen.

An den Fronten sterben Tausende fürs Vaterland und in jenem sogenannten Theater sitzen Leute vor überfüllten Sektionshäusern und amüsieren sich an dem, was standeslos ist: daß ein „Theater“ in dieser Zeit eine solche Unterhaltung arrangiert, oder daß es reichlich sein Publikum findet, oder daß eine Zeitung dazu noch eine Hymne singt. Man kann gemäß nicht jahrelang ohne Unterbrechung mit ernster Miene herumgehen und ein harmloses Vergnügen muß erlaubt sein. Den Verfasser der Theaternotiz aber soll man schleunigst an ernste Kriegsarbeit setzen und die von den vollen Sektionshäusern dazu!

beiden altheutschen Schwänze des Meisterlingers Hans Sachs Der Kuchel zu Fräuling und Der fahrende Schüler als ausgezeichnet gelungen anerkannt werden. Daneben verdient Der böhmische Dichter für die aus-
gezeichnet vortragenden vom Genossen Wops, mit seinem reinen „behrmischen Dötsch“ und der gewürzten Kürze seiner humoristischen Umdichtungen Lob. Die von Jugendlichen ausgeführten Reigen und Volkstänze gefielen wieder vorzüglich. Es erblüht sich, sie im einzelnen hervorzuheben. Sonst mühten wir bemerken, daß der eine oder andere Tanz nicht mit der jugendlichen Lebendigkeit gelang, die ihn erst tadellos gemacht hätten. Dabei berücksichtigen wir gerne, daß das öffentliche Auftreten gerade für Jugendliche eine gewisse Befangenheit verstehen läßt. Besonders ansprechend wirkten im dritten Teil die Gesänge der Arbeiterjugend im Lagerfeuer. Am romantischen Duntel umlagerte die starke Gruppe das wie im geheimnisvollen Waldtal mit guter Wirkung eingerichtete Feuer. Dazu klangen von frischen Stimmen hübsche Volkslieder. Genosse Wops hat sich als Veranstalter gerade dieser stimmungsvollen neuartigen Vorführungen verdient gemacht. Am Schluß dankte Genosse Kriehn-Elbing als Gast für das Fest und wünschte, daß die Beziehungen zwischen den Danziger und Elbinger Jugendlichen stets gute bleiben möchten. Wohl regte zur lebhaften Werbung für die Bestrebungen der Arbeiterjugend an. Freier gemeinschaftlicher Gesang der Jugendlichen beendete den heiteren und inhaltlich doch ernstlichen Abend.

Städtische Volksvorstellungen im Stadttheater.

Einer uns zugegangenen Zuschrift des Magistrats entnehmen wir: In früheren Jahren hat das Komitee für Volkserhaltung im Stadttheater Volksvorstellungen veranstaltet. Am Kriege haben diese Vorstellungen nicht weiter geführt werden können. Jetzt beabsichtigt die Stadt als Mieterin des Theaters, die Veranstaltungen wieder aufzunehmen. Die erste Volksvorstellung soll am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, stattfinden und „Minna von Barnhelm“ bringen. Damit an dieser für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmten Vorstellung weite Kreise teilnehmen können, wird nachdruckweise der Verkauf der Eintrittskarten öffentlich stattfinden und zwar in einer Reihe von Läden der inneren Stadt und der Vororte. Die bisherige Einrichtung, daß jeder Platz gleichviel, nämlich 30 Pfennig, kostet, und daß die Eintrittskarten in verschlossenen Umschlägen gegeben werden, ist beibehalten. Es wird auch die Möglichkeit gegeben, zwei hintereinander liegende Plätze zu kaufen, indem zwei Eintrittskarten in einem Umschlag verkauft werden. Mehr als vier Eintrittskarten soll niemand kaufen. Der Preis ist vor Ziehung des Umschlages zu zahlen; ein Rückzahlung oder ein Umtausch findet nicht statt. Eine Vorverkaufsgebühr wird nicht erhoben; die Benutzung der Kleiderablage ist frei. Die Geschäfte, in denen die Eintrittskarten für die erste Vorstellung zu haben sind, ersicht man aus der Bekanntmachung des Magistrats in dieser Nummer. Ein Vorverkauf im Stadttheater findet nicht statt; in den Geschäften dauert der Verkauf nur so lange als der Vorrat reicht, längstens aber bis Freitag mittag. Für viele städtische Volksvorstellungen werden Eintrittskarten an der Kasse des Theaters also überhaupt nicht abgegeben. Besser wäre gewesen, wenn der Verkauf nicht fast durchweg an Läden übertragen worden wäre, in denen ein mehr oder minder fühlbarer Zwang zum Kauf anderer Dinge gegeben ist. In Zigarrenhandlungen z. B. wird ein Mann dem Kauf schwer ausweichen können. Hätte der Magistrat den Verkauf durch Schulen und gemeinnützige Einrichtungen veranlaßt, so wäre dem Zweck der Sache und den Säulern besser gedient. Dann wäre auch eher die Gewähr dafür gegeben, daß die Karten tatsächlich in die Hände derer gelangen, für die diese Vorstellungen in erster Linie bestimmt sind.

Das dringende Bedürfnis für gute Vorstellungen billigen Preises beweist die Tatsache, daß die Eintrittskarten vielfach schon am ersten Tage in den Verkaufsstellen vergriffen waren. Selber dürfte sich unsere Befürchtung erfüllt haben, daß diejenigen, denen die Vorstellung in erster Linie dienen sollte, zu spät gekommen sind. Bei der gewählten Verkaufsmethode ist das auch nicht verwunderlich. Die vielfach an uns gemachten Anfragen, weshalb die Volkswacht-Buchhandlung gerade von der Volksvorstellung keine Karten verkaufen konnte, müssen wir einfach damit beantworten, daß sie vom Magistrat keine erhalten hat. Wenn mehrere Fragesteller erklarten, daß sie daraus bestimmte Schlüsse auf die Art der Volksvorstellung zu ziehen gezwungen wären, so können wir dazu nur bemerken, daß eine ursprüngliche Beurteilung des Inhalts durch ein Verbot der Vorstellung nicht gerechtfertigt sein würde. Die bisher von Arbeiterbildungsvereinen veranstalteten Volksvorstellungen fanden gerade darum so starken Anklang, weil sie wirklich der Arbeiterklasse vorbehalten waren. Es bleibt dringend gerade im Kriege zu wünschen, daß diese Bildungsorganisation wieder die Gelegenheit zu solchen Veranstaltungen gegeben wird. Auch bei den Volkserhaltungen des Komitees für Volkserhaltung wurde geklagt, daß die Arbeiter dort am wenigsten Platz fanden.

Der Arbeiter-Gesangverein Sängerkreis

veranstaltet Sonntag, den 24. Oktober, im Bürgergarten im Schloß einen Unterhaltungsabend. Koncert, Theater, Frauen-, Männer- und gemischte Chöre unter Leitung des Herrn Schödlitz wechseln in bunter Folge.

Spezialitätenabende Dink.

Am Sonntag hat Direktor Dink dessen Vorstellungen im großen Saal des Dinksaals erfreuen, ein vorzügliches Programm aufgestellt. Die Nachmittagsvorstellung begann um 4 Uhr mit einer Vorstellung auf allen Plätzen nur 10 Pfennig. Abends 8 Uhr beginnt die zweite Vorstellung. In beiden gelangt die vollständige Spielfolge zur Aufführung.

Deutsche Kriegsvorstellung.

Die Ausstellung der von der kaiserlichen militärischen Tagesübernahme erfolgend abgenommenen. Sie wurde von 6000 Personen (ungefähr der Bevölkerung) besucht, darunter 1000 Soldaten. Auch eine ganze Reihe von Regimentern wurden in die Ausstellung geführt. Des Krieges wurde

von 6500 Personen besucht, der Schützengraben von fast allen Besuchern. Die Einnahmen betragen rund 42 000 Mark, 7000 Mark mehr als im Vorjahre. Zu Gode wurden in den letzten zehn Tagen etwa 1200 Mark vereinnahmt. Die Verkäufe von Lichtpostkarten usw. ergaben rund 10 000 Mark. Die Unkosten sind noch nicht ganz festgestellt, doch dürfte sich ein Ueberschuß von 15 000 Mark ergeben. Der Leiter, Herr Stadtrat Dr. Hellwig, erkannte in der Schlußansprache besonders an, daß sämtliche Danziger Zeitungen das kriegswichtige Unternehmen uneigennützig gefördert und so den günstigen Abschluß vorwiegend ermöglicht hätten. Das k. u. k. österreichisch-ungarische Kriegsfürsorgeamt hat sich durch die unentgeltliche Uebersendung von Postkarten, Albums und illustrierten Zeitschriften sowie von Anwendungen aus dem Wertlos ausgefallener Gegenstände Dank verdient.

Adlemangel. Wie der „Köln. Ztg.“ berichtet wird, ist der starke Mangel an Käse im Handel zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß der Käse von den Erzeugern fast ausschließlich in Postpaketen an die Verbraucher versandt wird. Es steht infolgedessen eine Bundesratsverordnung bevor, wonach der Postverband der Postereien von Käse an die Verbraucher verboten wird. Auch soll für einzelne Sorten eine Preiserhöhung eintreten, entsprechend der Preiserhöhung für Milch. — Wird der Käsepreis weiter erhöht, so wird auch der Käse ein Nahrungsmittel, das nur noch Wohlhabende sich leisten können.

Werdet Abonnenten der Volkswacht!

Ohne Zeitung kann heute, im Zeitalter des gewaltigsten Völkerringens der Weltgeschichte, auch die ärmste Familie nicht sein. Ueber die

Entwicklung auf den Kriegsschauplätzen

bringt die Volkswacht vollständig gehaltene Artikel.

Die Lage im Lande

die Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, der Kriegsfürsorge, der innerpolitischen Entwicklung, der wirtschaftlichen und politischen Zukunftsaussichten werden der Volkswacht, soweit die Umstände es gestatten, von dem mit dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung zusammenfallenden sozialdemokratischen Standpunkt aus beleuchtet.

Die Zukunftsaufgaben

an deren Lösung die Arbeiterklasse aller Länder hervorragenden Anteil nehmen wird, sind groß und gewaltig. Eine Menge von Problemen haben durch den Weltkrieg neue Beleuchtung erfahren, sind meist ihrer Lösung im Sinne sozialdemokratischer Auffassung näher gerückt. Die Konzentration des Kapitals geht im schnellsten Tempo vor sich. Sie wird nach dem Kriege tiefgehende Wirkungen auf die soziale Schichtung der Bevölkerung ausüben. Innerpolitische Entwicklung und Auslandspolitik werden von dieser wirtschaftlichen Entwicklung auf das nachdrücklichste beeinflusst werden. Eine sorgfältige Beachtung dieser Vorgänge wird sich die Volkswacht stets angelegen sein lassen.

Eine machtvolle Arbeiterbewegung

wird nach dem Kriege ein entscheidender Faktor in der gesellschaftlichen Entwicklung sein. Sie zu fördern betrachte die Volkswacht als ihre Hauptaufgabe.

Jeder Volkshelfer für die Volkswacht!

Der Quartalswechsel bietet gute Gelegenheit hierzu.

Städtische Eier.

Auf die Lebensmittelhilfe verkaufte der Magistrat unlängst wieder Eier für 25 Pf. pro Stück. Dabei galt wieder die alte Bestimmung, daß auch schlechte angenommen werden müssen. Von vielen Seiten ist uns nun geklagt, daß bei dieser Lieferung besonders viele schlechte Eier gemessen sind. Die unbrauchbaren machen natürlich die verwertbaren erheblich teurer, als der Marktpreis ist. Man könnte daher wohl verlangen, daß der Magistrat sich von der Güte der Eier überzeugt und die schlechten ausschaltet oder, wenn sie gar zu schlecht sind, von der Vermittlung absteht.

Die Unterschlagungen des Hochschul-Rendanten Both

bekämpfte das Schwurgericht am 6. Oktober in einer vollen Tages Sitzung. Die Geschworenen sprachen Both der Unterschlagung und Urkundenfälschung schuldig und verurteilten ihn zu lebenslänglicher Haft. Der Staatsanwalt beantragte sieben Jahre Zuchthaus und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. Das Gericht legte die Strafe auf sechs Jahre Zuchthaus und gleiche Dauer Ehrverlust fest. Die Verhandlung ergab keine völlige Klarheit über die Höhe der von Both unterschlagenen Summe. Bisher ist der Betrag von etwa 457 000 Mark ermittelt. Both gab schließlich den Fehlbetrag in dieser Höhe zu, wollte aber nur eine viel geringere Summe, etwa ein Zehntel, unterschlagen haben. Im übrigen deutete er die Möglichkeit an, daß er wegen der ungenügenden Kassensprüche und weil er infolge eines Malarialebens die Gesundheitszustand häufiger wieder weg, erkrankt worden sei. Die Unterschlagungen will er hauptsächlich zur Behebung der nicht ihm zugewiesenen Gelder gegangen haben. Vor Antritt der Stellung bei der Hochschule war er Oberzahlmeister der

Marine. Wegen der Erkrankung an Malaria wurde er entlassen und erhielt 1680 Mark Pension. Die Hochschule zahlte ihm anfänglich 1600 Mark Gehalt und 432 Mark Wohnungsgeld. Von der Pension behielt er nach der Anstellung zunächst 1300 Mark. Sein Gesamteinkommen war zu Beginn also etwa 3500 Mark. Dieser Betrag kann allerdings gegenüber der Tatsache, daß die Hochschule einen Milligenetat hat, nicht als angemessen gelten. Seit 1906 sind die Unterschlagungen und Urkundenfälschungen dauernd fortgesetzt und müssen mit außerordentlicher Sorgfalt vorgenommen sein. Bei der Kontrolle scheint berücksichtigt zu sein, daß B. die Anstellung auf besondere Empfehlung des Prinzen Heinrich erhalten hat. Zu wünschen haben die Kontrollmaßnahmen außerordentlich gelassen. Der Syndikus, Regierungsrat Heinrich, berief sich auf die knappe Zeit, die er für seine ehrenamtliche Tätigkeit an der Hochschule nur zur Verfügung hatte. Außer den monatlichen Revisionen hat er aber trotzdem in jedem Jahr einmal außerordentliche Kassensprüfungen vorgenommen. Von den Fälschungen und Unterschlagungen hat er trotz ihrer riesigen Höhe nichts zu finden vermocht. Erst der Ausbruch des Krieges führte zur Entdeckung und der Flucht Boths. Die Direktoren schenken Both außerordentliches Vertrauen. Als gegen ihn von anderer Seite Anschuldigungen erhoben wurden, so seitens eines früheren Maschinenbauers, mußte B. sich so herausreden, daß seine Ankläger wegen Beleidigung bestraft wurden. Er sorgte für einen guten Ruf. Der evangelische Pfarrer B. wien aus Joppot erklärte als Zeuge, daß Frau B. sehr wohlwollig das Vereinslazarett des Vaterländischen Frauenvereins in Joppot besuchte und daß er ihr den Dank des Vereins ausgesprochen habe. Nur angedeutet wurde, was bei der Untersuchung erheblich in Frage gekommen ist, daß die Wohlthätigkeit Boths sich stark in weiblicher Richtung bewegte. Er bestritt die Ansicht des Staatsanwalts, daß erhebliche Summen hinter sich gebracht habe. Schließlich hat die Ansicht viel für sich, daß mindestens der Umfang der Unterschlagungen verringert worden wäre, wenn durch genügende Kontrolle die Ausführung der Verbrechen unmöglich gemacht worden wäre.

Aus Westpreußen

Kartoffelnot in Ohra.

In Ohra ist die Kartoffelnot aufs höchste gestiegen. Die Kartoffelbedarfsmeldung ist zwar von der Gemeinde durchgeführt, aber zur Vinderung der Not ist so gut wie nichts geschehen. Am Freitag den 28. September verkaufte das Amt in dem Geschäft von Hönig Kartoffeln. Gute Kunden der Firma erhielten schon morgens einen halben Zentner und am Nachmittag einen Wint, daß dann wieder verkauft wurde. Um diese Zeit hatten sich viele Frauen eingefunden. Als der stellvertretende Gemeindevorsteher Dör, der auch hier sein Verwaltungstalent zeigen wollte — man denke nur an seine originelle Einführung der Fleischkarte — die Versammelten sah, sagte er zu ihnen: Wie kriegen doch keine! Auf die Frage der Frauen, was sie denn zum Abendbrot machen sollten, gab D. keine Antwort. Beim Einlaß der Wartenden entstand auf dem Hof ein Gedränge, vorwiegend veranlaßt durch die klugen Worte Dörs, denn jede Frau wollte sich selbstverständlich Kartoffeln sichern. Jetzt brauste Dör auf und mit den Worten: Ich verstehe nur mit Menschen umzugehen, nicht mit Vieh, verbot er den Frauen den Hof. Als sie bat, ihnen doch Kartoffeln zu verkaufen, erwiderte Dör mit einer von Götz von Berlichingen sehr bekannten Aeußerung: Frau Hönig bemerkte zudem noch recht unsympathisch: Geben Sie jeder doch eine Handvoll Kartoffeln zum Abendbrot!

Eine solche Behandlung müssen sich die Einwohner von Ohra gefallen lassen. Die öffentliche Meinung wird schon das richtige Urteil über die dafür Verantwortlichen fällen. Zweckmäßig muß auch dafür gesorgt werden, daß der Beginn des Verkaufs rechtzeitig vorher durch Anschlag usw. bekannt gemacht wird.

Elbing. Anwendung des Notstandsparagraphen. Ein erfreulich gerechtes Urteil gegen eine Kriegerfrau fällte das Elbinger Schöffengericht durch Anwendung des Notstandsparagraphen. § 59 des Strafgesetzbuches lautet:

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Fall der Notwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist.

Man hatte eine Arbeiterfrau Auguste Böhm aus Elbing, deren Mann im Felde ist, sich für ihren Sohn für zwei Monate Brotmarken vom Magistrat geben lassen, trotzdem der Junge sich in der Zeit in der Nachbarstadt Laskemitt in Stellung befand. Die Frau will dies aus Not getan haben, weil Kartoffeln überhaupt nicht zu haben waren. Das Gericht sprach die Frau frei und führte in der Begründung aus: Da die Zustände hinsichtlich der Kartoffelversorgung direkt lebensgefährliche und keine Kartoffeln zu haben waren, wollte Frau B. die Lebensgefahr von sich abwenden und ließ sich auch für ihren abwesenden Sohn Brotmarken geben. Es kommt hier also der Notstandsparagraph in Frage, weshalb auf Freisprechung erkannt ist.

Der kinderfeindliche Magistrat. In einer Zeitschrift für die Brandenburgische Kriegsschädigtenfürsorge, amtliches Anzeigungsblatt des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, liest man folgendes Inserat:

Der Magistrat der Stadt Joppot benötigt für das Kronprinzliche Bienengrundstück einen Hausverwalter, der verheiratet sein, aber keine Kinder haben darf und gesund sein muß; insbesondere darf er nicht lungen-, mäßigst auch nicht heinlichend sein. Gelehrter Gärtner wird bevorzugt.

Die „Welt am Montag“ sagt dazu: Der Magistrat von Joppot sollte sich für den vakanten Posten in der uns verhängten Türkei nach einem sonst gesunden Haremwächter umsehen, der wenigstens dem Ansprache der Kinderlosigkeit dauernd genügen dürfte.

Neu des Organisations. Die Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Piel vom letzten Donners- tag die von 600 Mitgliedern besucht war, nahm den Bericht von der Reichskonferenz entgegen und erklärte sich mit sehr harter Mehrheit mit den Beschlüssen der Konferenz einzu- stimmen. Die Resolution „Vid und Genossen „Jur Friedens- frage“ wird in dem angenommenen Antrage als eine geeignete Grundlage für die Politik der Sozialdemokratischen Partei be- zeichnet.

Polnische Wünsche.

Die polnische Sozialdemokratische Partei in Oesterreich hat an die Haager Konferenz der neutralen sozialistischen Partei einen Appell gerichtet, der dort nicht rechtzeitig eintraf. Die Internationale wird aufgefordert, für ein selbständiges Polen einzutreten; das Manifest schließt mit Karl Marx:

„Vor Europa steht eine Alternative: Entweder das asia- tische Barbarentum wird unter moskowitzischer Führung wie eine Lawine Europa überschwemmen oder Europa muß Polen befreien und sich auf diese Weise durch ein Meer von 20 Mil- lionen Heiden vor Asien schützen, bis die Stunde der sozialen Befreiung schlägt.“

Deshalb fordert die polnische Sozialdemokratie die Hilfe der Internationale für die volle Ausnutzung der Kriegsergebnisse zur gänzlichen Lösung Polens von Rußland

Soziales

Nichts für die Aktionäre — alles für die Versicherten!

Das ist der geschäftliche Grundlag, nach dem im Gegensatz zu den privaten Versicherungsgesellschaften die von den Ge- werkschaften und Genossenschaften gegründete Versicherungs- gesellschaft Volksfürsorge ihre Geschäfte führt. In den drei bis jetzt zum Abschluß gebrachten Geschäftsjahren bis Ende 1915 wurde ein Gesamtüberschuß von 356 828 Mark erzielt. Davon wurden zugewiesen dem gesetzlichen Reserve- fonds 19 340 Mark, dem Organisations-, dem Kriegsreserve- fonds und einer besonderen Reserve zusammen 138 023 Mark und Gewinnreserve der Versicherten 219 300 Mark. Es sind danach 376 663 Mark den für die Sicherheit der Versicherten dienenden Reserven zugeführt worden. Die Aktionäre haben bei allen drei Geschäftsabschlüssen auf die ihnen sahrungsgemäß zustehende vierprozentige Vergütung verzichtet. Im Jahre 1913 zugunsten der Gewinnreserve, die jetzt 219 286 Mark beträgt. In den beiden Jahren 1914 und 1915 erfolgte dieser Verzicht zugunsten des Kriegsreservefonds, der dadurch auf 99 341 Mark erhöht wurde

Die Krankenkassen gegen übertriebene Forderungen der Ärzte.

Die fünf großen Verbände der deutschen Krankenkassen — so berichtet das Berliner Tageblatt — veröffentlichen eine gemeinsame Kundgebung zum Berliner Abkommen zwischen den Ärzten und Krankenkassen. Danach würden die Kassen befreit sein, das Abkommen aufrechtzuerhalten, aber sie müßten unbegründeten und nicht begründeten Forderungen der Ärzte entschieden entgegenzutreten. Darüber wird des näheren aus- geführt:

Das Berliner Abkommen erhält den bisherigen Bestand der verschiedenen Arztkassen. Die Einführung der freien Arzt- macht gegen den Willen der Kasse ist daher abzulehnen

Bei der Bestimmung der Ärzte sind übertrieben hohe Pauschal- lage zurückzuweisen. Unbedeutend zu verwerfen ist die Forderung, das Gehaltskontingent an die Ärztevereinigungen zu zahlen zur Verteilung an die einzelnen Ärzte.

Das Berliner Abkommen geht von dem Einzelvertrage aus. Der Vertragsinhalt mit anderen Verträgevereinbarungen — Kollektiv- verträge — kann daher nicht verlastet werden, gleichviel welches Argument in Frage kommt. Die Verantwortung, die die einzelnen Kassen der Krankenkasse gegenüber haben, wird nur durch den Einzelvertrag gelöst. Aus diesem Grunde dürfen auch im Reichs-Abkommen nur Verträgevereinbarungen, Prüfungs- oder andere Ausschüsse, die zur Durchführung des Vertragszweckes für unentbehrlich erachtet werden, nur im beiderseitigen Einverständnis vereinbart werden. Hierbei ist davon auszugehen, daß sie im Sinne des Berliner Abkommens grundsätzlich partiell zusammen- gefaßt sein sollen.

In einer weiteren Erklärung wenden sich die Kranken- kassenverbände gegen das Uebermaß an Beschlüssen und Kommentaren auf dem Gebiete der Reichsversicherung

Konzentration der Vermögen.

Die vom Preussischen Staatlichen Landesamt (siehe unten) vorgenommene Untersuchung über die Verteilung des Ver- mögens in Preußen hat eine interessante Feststellung gebracht: Die enorme Ueberfluth über die Entwicklung der Vermögen- verteilung ist der Grund der Ergänzungs- (Ermittlungs-) Steuer- Veranlagung in den Jahren 1899, 1911 und 1914 zusammen- gefaßt und kommt zu dem Schluß, daß im diesem Zeitraum die Konzentration der großen Vermögen in den Händen weniger erhebliche Fortschritte gemacht hat.

Nach der Zusammenstellung hatten die 1 940 495 Er- gänzungsteuerpflichtigen zum Jahre 1914 ein Vermögen von 116 Milliarden Mark. Um diese Personen, die eine Milliarde oder mehr besitzen, zu überschauen, gibt es in Preußen noch nicht. Das größte in einer Hand vereinigte Vermögenmager hat im Jahre 1914 nur 492 Millionen Mark zugegeben. Eine Person, die die Verwaltung der einzelnen Milliarden von den größten bis herab zu den kleinsten Vermögen darstellt zeigt, daß im den Besitz der ersten Milliarden im Jahre 1914 nur 5 Personen setzten. Im Jahre 1899, also vor 15 Jahren, ge- hörten 24 Personen dazu. Schon bei der zweiten Milliarde vergrößert sich der Teilnehmerkreis auf 16 im Jahre 1914 und 70 im Jahre 1899 bei der dritten Milliarde auf 83 und 123 Personen. Die ersten 10 Milliarden erstreckten sich 1914 auf 24 Personen oder auf 267 Steuerpflichtige. Auf die Einzel- vermögen von einer Million Mark treffen wir erst bei der 15. Milliarde (1899) schon bei der 8. Milliarde. Die kleineren Vermögen von 6000 bis 20 000 Mark umfassen nur 33 Milliarden oder noch nicht ganz drei Prozent sämtlicher gesamten Vermögen. Durchschnitt stellen die Besitzer dieser kleinen Vermögen acht Prozent der Gesamtzahl der Steuer- pflichtigen dar. Auch hier ist festzustellen, daß die Zahl der kleinen Vermögen zugunsten der großen seit 1899 abgenommen

hat. Das „Durchschnitt-Vermögen“ jedes Steuerpflichtigen lag von 54 874 Mark im Jahre 1896 auf 59 492 Mark im Jahre 1914. Die Steuerpflichtigen wohnen zu rund 54 Pro- zent auf dem Lande und zu rund 46 Prozent in den Städten.

Durch den Krieg ist eine weitere und zwar stößweise Konzentration des Vermögens eingetreten. Die kleinen Ver- mögen sind noch mehr zum Vorteil der großen aufgerieben worden

Aufhebung der Freizügigkeit. Der Zugang von Kriegerfrauen vom platten Lande nach den Städten wird aus sehr begründlichen Gründen nicht gern gesehen; es wird des- halb alles getan, um die Kriegerfrauen zu veranlassen, auf dem Lande zu bleiben. So wenig man aus einer allgemeinen Abwanderung in die Städte das Wort reden kann, so sehr können Fälle eintreten, wo diese Abwanderung für die Krieger- familien geradezu zu einer bringenden Notwendigkeit wird. Eine Kriegerfrau mit drei Kindern war im Oktober vorigen Jahres aus Pommern nach Spandau verzogen, weil dort ihre Mutter und vier verheiratete Schwestern wohnen, deren Män- ner ebenfalls im Felde stehen. Die Frau bezog eine monat- liche Reichsunterstützung von 37,50 Mark und verdiente sich mit Hausarbeiten noch 23,50 Mark im Monat dazu. Mit diesem geringen Einkommen konnte die Familie natürlich den Lebensunterhalt nicht bestreiten; die Frau wandte sich deshalb an den Kreis Pyritz um Gewährung einer Zulagsunterstützung. Der Kreisrat lehnte, wie dem „Berliner Tageblatt“ ge- meldet wird, dieses Gesuch ab und gab als Grund an, daß die Frau „nicht aus berechtigten und bringenden Gründen den Aufenthalt gewechselt habe.“ Die Folge ist natürlich, daß die Familie sich in bitterster Not befindet. Daß auf diese Weise die Freizügigkeit völlig unterbunden wird, kann jedenfalls nicht bestritten werden. Das aber haben die gesetzgebenden Körperschaften zweifellos nie gewollt, denn die Unterbindung der Freizügigkeit liegt eigentlich nur im Interesse agrarischer Kreise.

Gewinne aus Staatsbetrieben. Einen Reingewinn von ein und ein Viertel Milliarde Mark erzielt der Staat in Deutschland — Reich und Bundesstaaten — jährlich aus seinen eigenen Betrieben und Vermögen nach den Voranschlägen des Jahres 1913. Die Dr. F. W. R. Zimmermann seiner inter- essanten Arbeit über die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten zu Kriegsbeginn 1914 (Ber- lin, V. Söschens, 1916) zugrunde gelegt hat. Es ist das die Gesamtsumme der staatlichen Gewerbeerträge aus den Staats- bahnen, der Post, den Forsten, Domänen, Gruben, Salinen, Fabriken, Steinbrüchen, Bädern, Mineralbrunnen usw. Da- von entfallen auf:

Das Reich	186 800 000 Mark
Preußen	696 784 000
Sachsen	146 293 700
Königreich Sachsen	59 628 500
Bürttemberg	47 103 100
Sachsen	35 349 400
Hessen	20 838 100
Mecklenburg-Schwerin	8 834 700
Sachsen-Weimar	3 234 500
Oldenburg	4 525 500
Braunschweig	8 158 400
Sachsen-Meiningen	2 915 900
Anhalt	4 993 000
kleinere Staaten	6 174 300
Lübeck	2 757 000
Bremen	5 449 000
Hamburg	12 960 000

Insgesamt 1 252 819 100 Mark.

Die Erträge der kommunalen Betriebe von Hamburg, Lübeck, Bremen sind in diesen Angaben nicht enthalten, son- dern nur die der rein staatlichen: der Domänen, Waldungen, Lotterien usw.

Diese Einkünfte des Staates ließen sich durch Verstaat- lichung aller Gruben und Forsten, der Erzeugung elektrischer Energie, der Schiffahrt und bereits verstaatlichter Industriezweige bedeutend vermehren, ohne daß damit eine neue Belastung des Volkes verbunden wäre. Der Staat wird nach dem Kriege diesen Weg auch beschreiten müssen, da anders die ungeheuren Kosten dieses Krieges kaum gedeckt werden können.

Was am billigsten ist. Aus dem „Hannoverschen Tageblatt“ annimmt unter dortiges Parteiblatt diese Angebote:

Verkauf:
Belgische Kriegeraninchen,
14 Stück, 10 bis 12 Wochen alt, à 9 bis
10 Mark; 3 Stück Hahn, 10 bis 12 Monate,
à 20 bis 25 Mark; 3 Stück Kammler, 5 bis
6 Monate, 14 bis 18 Mark.
Vott, Leer, Distr., Wilhelmstraße
Prima Kanarienvogel,
Stück 10 bis 15 Mark.
Burgstraße Nr. 1, 2. Etage.
Ein Kind zu verschenken.
Knabe, drei Monate alt; ohne gegen-
seitige Vergütung. Offerten unter N. 123
an die Exped. d. Bl.

Ein Hahn kostet 25 Mark; ein Kind wird verschenkt. Gibt es eine schneidendere Kritik unserer göttgewollten Welt- ordnung?

Armenpflege nach dem Kriege. In Leipzig fand die Kriegsfürsorgekommission des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlfahrtspflege statt. Verwaltungsdirektor Dr. Baum- strahlung sprach über die öffentliche Armenpflege nach dem Kriege und forderte für die Uebergangszeit die Errichtung eines Reichsverbandes und Befestigung eines Reichskommissars für Uebergangsfürsorge. Die Fürsorge muß immer mehr durch Sonderzweige ausgebaut werden, weil allein dadurch die Armenpflege eine Einschränkung erfahren könne. Für das ge- samte Armenwesen müsse ein Reichsarbeitsamt und ein Reichs- arbeitsrat errichtet werden. — Die Komplexion der Schaffung dieser neuen Kommissar wäre die Uebernahme der Armenpflege auf das Reich eine Förderung, mit der man sich nur einver- standen erklären könnte, weil damit allein die großen Ungleich- heiten der Bevölkerung hätten die heute auf dem Gebiete der Armenpflege stehen.

Ueber weibliche Bedienung

eröffnet: Das Wirtschaft Buche und Keller eine Zu- schrift. In der es u. a. heißt:
In den öffentlichen Lokalen hat sich ein Wandel mit der Bedienung vollzogen. Waren man dort, ist man mit den

weiblichen Kräften, die eingestellt wurden, sehr zufrieden. Wenn nicht rechtzeitig vom Staate Vorkehrungen getroffen wor- den, werden eine Menge Geschäfte die weibliche Bedienung be- halten, und es läme eine große Misere für die Frauen. Weiblich der weiblichen Bedienung vorberand der Vor- gegeben wird, ist leicht zu erkennen. Während der Kellner vom Publikum und auch von den Prinzipalen mehr od- minder barsch behandelt wurde, jede Loune des Gastes zu tragen mußte, ist man gegen die holde Weiblichkeit rückwärts- voller. Infolge der rückwärtsvolleren Behandlung wiederum sind die weiblichen Elemente freundlicher und verbindlicher als die Kellner. Wahrscheinlich würde sich nach jahrelanger abgeheuten Arbeiten dieselbe verdrissliche Abgestumpftheit bei der weiblichen Bedienung zeigen, die man namentlich in der Großstadt bei dem Kellner antrifft. Sind die Ein- kommenverhältnisse bei Männern geringer, dann leidet die Zufriedenheit im Beruf darunter. Frauen sind auch im all- gemeinen verträglicher und ruhiger, sie trinken und rauchen nicht, kennen die wechselnden Einnahmen nicht. Sie sind in- folgedessen mit geringerem Verdienst zufrieden, was nach- langer geschäftlicher Praxis beim Manne nicht der Fall ist. Der Vorteil für die Kellner wird sein, daß sich das Publikum durch Frauenbedienung einen höflichen Ton angewöhnt hat (hoffentlich auch alle Wirte, R. B.), was der männlichen Be- dienung nachher zustatten kommen dürfte. Die unglückseligen Trinkgeldeverhältnisse in unserm Beruf werden stets hinder- lich sein, das Niveau der Angestellten zu heben. Und trotz- dem arbeitet kein Beruf herartig lange und anstrengend, wie der Gastwirtsberuf. Darum wäre zu erhoffen, daß endlich feste Schlußstunden eingeführt würden, damit der An- gestellte weiß, wann er nach Hause kommt. Wären die Ein- kommenverhältnisse nicht zeitweise recht gute, würden sich mit der Zeit wahrscheinlich keine Leute mehr für den Beruf finden, die niemals einen Sonntag oder Festtag haben.

Ein 40-Millionen-Geschäft. Vor einigen Tagen war in der „Deutschen Tageszeitung“ folgendes Inserat zu finden:

Sie, beauftragt, für einen deutschen Fürsten 40 Millionen durch Ankauf von Herrschaften festzulegen. Es kommen nur erstklassige Objekte 5- bis 20 000 Morgen und darüber in Frage. Aus- führliche Anstellungen erbittet M. Nicol, Berlin W. 30, Barbarossastraße 31, Kurfürst 4143.

Dazu schreibt die „Rheinische Zeitung“: Diese 40 Mil- lionen Mark würden wahrscheinlich der jetzt zur Ausgabe kommenden fünften Kriegaanleihe sehr willkommen sein. Wenn der „deutsche Fürst“ sein Geld aber in „Herrschaften“ anlegen will; so dürfte er von der Annahme auszugehen, daß diese einen höheren Gewinn als fünf Prozent abwerfen werden.

Literatur

— **Zwei Jahre ...!** Weltkriegsbetrachtungen eines Sozialisten. Von Dr. Max Adler. Preis 70 Pf. (90 Heller).
— **Volksgeundheit.** Illustrierte Monatschrift des Verbandes Volksgeundheit, Köhlschreiber i. Sa.
— **Helden und Helden.** Von Dr. Hermann Deller. Mit zahl- reichen Abbildungen nach Originalaufnahmen. Preis geheftet 1 Mark, gebunden 1,80 Mark. Stuttgart, „Kosmos“, Gesellschaft der Natur- freunde, Geschäftsstelle Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.
— **Der Arbeiter als Persönlichkeit.** Von Richard D. Koppin. Führer-Verlag (H. Rothmann), Berlin SW. 61. Band 1 der „Bücher für Volkstultur“ (herausgegeben von Adolf Armin Rothmann). Preis 0,50 Mark.



Denken an uns!
Sendei
Galem Aleikum
(Mohlmandstück)
Galem Gold
(Goldmandstück)
Zigaretten.
Willkommenste Liebesgabe!
Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück.
einschließlich Kriegsaufschlag
20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
50 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient Tabak- u. Cigarettenfabr. Venedig, Dresden
im Hugo Ziegler, Nonnenstr. 5, M. d. Königs- u. Sachsen.
Trustfrei!

Gemeindefürsorge und die Vorstrafen des Angeklagten
1900 vom Schöffengericht bemessen war, nicht nur
... sondern auch die angeführte
Urteilsveröffentlichung in Wegfall gebracht hat. Ange-
sichts dieser Milde, die bei der in der höheren Instanz voraus-
gehenden höheren Einsicht sicher als gerechtfertigt anzusehen
hat das Schöffengericht, um Anschluß an die Auffassung
Berufungsgerichts zu gewinnen, die Strafe nur auf 100
Mk festgesetzt. Die Strafkammer hat den Wink mit dem
Empfänger offenbar verstanden. Sie hat nämlich das milde
Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und die Strafe auf
100 Mk festgesetzt, daneben auch auf Veröffentlichung des
Urteils erkannt.

Kriegsgewinne. A. G. Hochofenwerk Silber. Im
Geschäftsjahr 1915/16 hat die Gesellschaft einen Betriebsgewinn von
1,38 Millionen Mark erzielt (2,17 i. V.). Die Abschreibungen wurden
auf 1,24 Millionen Mark bemessen (1,01). Es bleibt ein Ueberschuß
von 1,14 Millionen Mark (1,11), woraus eine Dividende von
5 Prozent (5), die bisher höchste Dividende seit Bestehen der Ge-
sellschaft, vorgeschlagen wird. — Bogtdänische Maschinenfabrik
A. S. J. C. u. S. Dietrich A. G. Der Aufsichtsrat beschloß der
Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10
Prozent (6 Prozent) i. V. vorzuschlagen.

Danziger Nachrichten

Stadtverordnetenwahlen.

Die Wahlen der dritten Abteilung sind vom Magistrat
annemehr festgesetzt worden. Der erste Wahlbezirk dieser
Abteilung wählt in 8 Lokalen am Mittwoch, den 25. Oktober.
Zu ihm gehören die Reichstadt, Speicherinsel, Schidlich, Teile
der Altstadt und der Außenwerke und einige Straßen der Nieder-
stadt. Der zweite Wahlbezirk, zu dem andere Teile der Alt-
stadt und der Außenwerke, Langfuhr, Gigantenberg, Schell-
wühl, Neufahrwasser und Neuschottland gehören, wählt in
Wahllokalen am Freitag, den 27. Oktober. Der dritte
Wahlbezirk, Niederstadt, Altschottland, Stadtgebiet, Holm,
Kronl., Strohdach, Weichselmünde, Kralau, Westlich Neufahr-
wasser und St. Albrecht, wählt in 12 Wahllokalen am Montag, den
29. Oktober. Die Wahldauer ist von 10 bis 2 Uhr vormittag
und von 4 bis 10 Uhr nachmittags festgesetzt. Der Antrag der
Parteileitung auf Verlegung der Wahl auf einen Sonntag ist
wieder abgelehnt worden. Jeder Wähler erhält vom
Magistrat noch eine besondere Einladung, die er zur Ausübung
seines Wahlrechts als Legitimation mitbringen und dem Wahl-
vorstande vorlegen muß. Die Abstimmung erfolgt leider
nicht, wie in Warschau, geheim, sondern öffentlich. Der Wähler
muß die Kandidaten laut dem Wahlvorstande nennen. Für die
um Heeresdienst einberufenen Bürger ruht das Wahlrecht.

Aus dem Bericht über die Versammlung des Sozial-
demokratischen Vereins wissen die Genossen, daß die hauptfäch-
lich in Frage kommende Gruppe der konservativ-zentristischen
Bürgerpartei eine burgfriedliche Verständigung mit der Sozial-
demokratie auch für diese Wahl abgelehnt hat. Man hält so-
gar jetzt an dem vollkommenen Ausschluß der sozialdemo-
kratischen Bürger vom Rathaus fest und beharrlich fest. Schon
um wenigstens gegen dieses Unrecht zu protestieren, hat die
Sozialdemokratie die Wahlbeteiligung beschlossen. Diese Parole
macht es allen unsern Gefinnungsgenossen und den Freunden
bürgerlicher kommunaler Gleichberechtigung zur Pflicht, für die
sozialdemokratischen Kandidaten zu werben und zu stimmen.
Diese sind für den ersten Bezirk: auf die Dauer von 6 Jahren:
F. Früngel und B. Reimann; für 2 Jahre: E. Sellin.
Im zweiten Bezirk auf 6 Jahre: A. Barthelemy und G. Reimann.
Im dritten Bezirk auf 6 Jahre: J. Gehl und
B. Reimann.

Die Zentrumspartei bemüht sich unter Führung des
Herrn Sawański und des Kaufmanns Klawitter
sehr lebhaft um rege Wahlbeteiligung ihrer Anhänger.

Stadtrat Heins Zusammenbruch.

Als in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Sep-
tember der von Stadtrat Hein geschaffene Zustand der städti-
schen Güter und ihrer unglückliche Ausschaltung bei der Er-
nennung der Danziger Bevölkerung besprochen wurde, fehlte
der Angegriffene. Mehrere Stadtverordnete hielten mit ihrem
Staunen darüber nicht zurück. Oberbürgermeister Scholtz
trat aber auch in dieser Hinsicht für ihn ein. Anklagend erklärte
er, daß Hein infolge der seit vielen Monaten offen und ver-
breitet gegen ihn gerichteten Angriffe ganz kaputt und nervös
zusammengebrochen sei. Er habe ihm daher nicht zumuten
können, zur Sitzung zu kommen. H. habe aber auch durch
ein ärztliches Gutachten nachgewiesen, daß er krank sei. Wir
haben schon in der letzten Nummer gesagt, daß der Oberbürger-
meister und der Arzt sich über den Zustand Heins unüber-
einstimmend besorgt haben müssen, denn er hat seine infolge des
Vertrauens des Oberbürgermeisters sehr umfangreiche Amts-
tätigkeit bereits am 30. September wieder aufgenommen. Aber
auch über den Gesundheitszustand, in dem sich der ehrenam-
tliche Stadtrat und hochhonorierte landwirtschaftliche Sach-
verständige am 26. September befunden hat, muß der Ober-
bürgermeister und ebenso der beteiligte Arzt sich grundlegend
geäußert haben. Während ihn Oberbürgermeister Scholtz als
sechzig zusammengebrochen bedauerte und seine Ankläger so
zum Mitleid aufrief, sah Hein feierlich und vergnügt in der
Konfession auf dem Langenmarkt bei einem solennen Spielchen,
dem er mit dem üblichen Glück oblag! Diese erfreuliche Nach-
richt dürfte manche Stadtverordnete und gewiß auch den
Oberbürgermeister von schwerer Sorge befreien.

Das mißverständliche Verständnis des Oberbürgermeisters für
keinen Günstling Hein machte schon in der Stadtverordneten-
versammlung allseitig stutzig. Um ihn zu rechtfertigen, nannte
Sch. sogar zwei Güter von 24 Hufen Bodensache klein.
Die Milchmenge von 800 Liter war ihm unbedeutend. Neu-
krügerslampe lag für ihn so weit, daß dessen Milch nicht
zur Stadt geliefert werden konnte. In der Stadtverordneten-
versammlung wurde dieser Einwand, ohne daß es den Ober-
bürgermeister, im mindesten beeinträchtigte, reslos in seiner
völligen Haltlosigkeit bloßgelegt. Es wurde gefragt, weshalb
denn nicht ein Motorboot die städtische Milch von Neu-

krügerslampe zur Stadt bringen könnte. Mehrere Haus-
frauen machten uns nun auf eine andere, sehr bequeme
und gar nicht kostspielige Art des Milchtransports aufmerk-
sam. Sie fragten uns, weshalb denn nicht das
städtische Automobil, das Oberbürgermeister
Scholtz für seine Fahrten benutzte, die Milch
zur Stadt bringen kann. Wir müssen uns auf die
— von uns begehrt gewünschte — Betätigung dieser sehr
verständlichen Anfrage beschränken. Sonst sind unsere Be-
ziehungen zum Rathaus leider nicht so, daß wir darauf ant-
worten können.

Die Milchnot ist hier inzwischen beängstigend ge-
stiegen. Nach einer Veröffentlichung des Magistrats kann die
Abgabe von Vollmilch nur noch auf Karten und selbst für
diese nur beschränkt erfolgen. Es sollen nur noch Kinder
unter sechs Jahren, Kranke nach ärztlicher Verordnung und
unter gleicher Voraussetzung ältere Personen Milch erhalten.
Erst dieser traffe Notstand hat eine Aenderung der Haltung
der Stadtverwaltung herbeiführen können. Jetzt soll, wie erst
am 11. Oktober mitgeteilt wurde, die Milch von Grabener-
wald und Neukrügerslampe endlich doch nach Danzig
gebracht werden. Hoffentlich geschieht dies nun auch wirklich
ungeduldet! Angesichts der schweren Folgen dieser Milchnot
darf es aber bei dieser widerwillig zugelassenen Maßnahme
nicht bleiben!!! Außer den genannten beiden Gütern hat die
Stadt Danzig noch für insgesamt 104 200 Mark landwirt-
schaftlich nutzbare Besitzungen verpachtet! Davon sind für
6280 Mark Fischereipächten und für 4250 Mark Pacht für
Mühlengrundstücke. Alle diese Pächten sind für die Ernäh-
rung unserer Bevölkerung von höchster Wichtigkeit! Was
hat die Stadtverwaltung nun getan, um die Erträge dieser
Güter usw. durch Einwirkung auf die Pächter der Danziger
Bevölkerung zuzuführen? Hoffentlich gibt das städtische Kriegs-
ernährungsamt schnell und befriedigend Antwort! Gegen die
großen Gefahren der Milchnot genügt noch viel weniger als
sonst das Papier und die Tinte der längsten Verordnungen.
Hier heißt es schnell und durchgreifend handeln!

Molkereibesitzer Friedrich Dohm

und seine Verkäuferin Hedwig H. hatten sich wegen Ver-
trages durch Mindergewicht beim Butterver-
kauf zu verantworten. Sie waren vom Schöffengericht frei-
gesprochen, die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Nach
der Aussage des Polizeikommissars wurde der ganze abge-
wogene Buttervorrat des Angeklagten am 24. Dezember
(Weihnachts-Heiligenabend) nachgewogen, und
zwar mit dem Einschlagepapier. Dabei ergab sich, daß an
allen Halbpfundpaketen 10 bis 15 Gramm
fehlten. Nach einem Gutachten des Vorsteheramts der
Kaufmannschaft ist es handelsüblich (!), daß das Einschlage-
papier mitgewogen wird. Andernfalls wäre das
Mindergewicht noch größer gewesen. Es han-
delte sich um Auslandsbutter, die dem Angeklagten zum Ver-
kauf übergeben war. Er hatte am Pfund 11 Pfennig Gewinn.
Das Gericht kam zur Freisprechung, weil die Angeklagten
nicht die Absicht gehabt haben, die Kunden zu betrügen.
Eine Höchstpreisüberschreitung liege deshalb nicht vor, weil
für Auslandsbutter kein Höchstpreis vorgeschrieben war. —
Die Handelsüblichkeit, daß man Papier für Butter be-
kommt und bezahlen muß, ist schon sehr beachtlich. Noch
wertvoller wäre, die Gründe zu wissen, aus denen das Gericht
die Ueberzeugung erhielt, daß der Hauptangeklagte — neben
Fiebing der größte Molkereibesitzer Danzigs — trotz des feh-
lenden Beweises keine Benachteiligung der Kunden wollte!
Hoffentlich veranlaßt die Freisprechung nicht die Fortsetzung
des sehr seltsamen, und von den Käufern mit Recht als
schwere Schädigung empfundenen Verfahrens.

Die Reichskonferenz und die Danziger Sozialdemokratie.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozial-
demokratischen Vereins Danzig-Stadt vom 9. Oktober, die im
Bürgergarten tagte, zeigte eine neue Erscheinung insoweit,
als sie politisch durch Kommissar Günther und einen
Unterbeamten bewacht wurde. Zunächst berichtete Genosse
Gehl über den Ausgang der Verhandlungen mit der Bürger-
partei wegen Ueberlassung einiger Mandate zur Stadtverord-
netenwahl. Nach mehr als dreimonatiger Frist habe man
eine burgfriedliche Verständigung von bür-
gerlicher Seite abgelehnt. Der Vorstand empfahl
unter diesen Umständen selbständige Beteiligung. Boh ver-
trat die Ansicht, daß diese Wahlbeteiligung zwecklos sei.
Bartel unterstützte den Vorschlag des Vorstandes. Darauf
beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit selbständige
Wahlbeteiligung. Als Hausbesitzerkandidat soll in allen 3 Be-
zirken der dritten Abteilung Genosse Reimann aufgestellt
werden. Im übrigen wurden die Kandidaten wie folgt auf-
gestellt: 1. Bezirk: Früngel, Reimann, Sellin.
2. Bezirk: Bartel, Reimann. 3. Bezirk: Gehl, Rei-
mann. Dann vollzog sich ein höchst sonderbarer Vorgang.
Als Früngel zur Berichterstattung über die Reichskonferenz
das Wort erhalten hatte, forderte Boh es, er erkläre nun,
daß er sich mit seinen Freunden der Minderheit mit Rücksicht
auf die politische Ueberwachung, weil sie sich dabei nicht offen
aussprechen könnten, nicht an der weiteren Verhandlung be-
teiligen würde. Er fordere daher seine Freunde
auf, das Lokal mit ihm zu verlassen! Erstlich-
weise blieb dieser Sprengungsversuch, der gegen die eigene
Partei ausgeführt wurde, ohne Erfolg. Die weitaus größte
Mehrzahl der Anwesenden, zirka 100, ging nicht hinaus.
Von mehreren Seiten ist uns berichtet, daß die Parole Boh nur
von etwa 25 bis 30 Personen befolgt wurde. Während ihres
Auszuges rief ein besonders lebhafter Angehöriger der Minder-
heit H. laut gegen den Vorstand durch den Saal: „Ihr habt
die Polizei bestellt!“ Wer sich nicht selbst
einer ehrlosen Handlung beschuldigen will,
hat die Pflicht, für diese ungeheuerliche Be-
schuldigung den Beweis zu liefern. Wir warten
um so mehr darauf, als gerade der Rufer aus persönlicher
Erfahrung am besten weiß, daß keiner der Genossen, die er
meinte, der Tat fähig ist, der er sie leichtfertig beschuldigte.
Schließlich muß der Schmäher derer, die man einst Kampf-
genossen nannte, eine Grenze gesetzt werden. Deshalb kann

dieser Vorfall nicht durch den erteilten Ordnungsruf erledigt
sein. Darauf referierte Früngel über seine Eindrücke von
der Konferenz und erklärte sich mit ihm. B. schloß voll ein-
verstanden. — Er habe dort entgegen seiner früheren An-
sicht, erkennen müssen, daß die Landesverteidigung der
springende Punkt bei den Auseinandersetzungen in der Partei
sei. Für sie müsse man bedingungslos eintreten und könne
sie nicht mit politischen Schwagergeschäften verbinden. Zur
Spaltung hätte es niemals kommen dürfen; berechtigte sach-
liche Gründe beständen dafür auch jetzt nicht. In der Debatte
wendete sich Gehl gegen den Vorwurf, daß der Vorstand oder
sonst ein Parteigenosse der Mehrheit die politische Ueber-
wachung veranlaßt habe. Im übrigen äußerte er sich, wie
später auch Bührig und Bartel, im Sinne der Mehrheit
der Partei. Die abgezogene Minderheit hatte eine Resolution
zur Beschlußfassung hinterlassen, durch die beschlossen
werden sollte, daß die Reichskonferenz kein Recht zu Be-
schlüssen gehabt habe! Für diese Zumutung stimmten
nicht einmal die anwesenden Genossen, die nicht bedingungs-
los auf dem Standpunkt der Mehrheit stehen. Einstimmig
beschloß die Versammlung dafür folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der
Reichskonferenz voll und ganz einverstanden! Sie
erkennt insbesondere an, daß die Friedensresolution David
und Genossen die gegebenen Richtlinien für die Politik der
Sozialdemokratischen Partei darstellt.“

Dann wurde noch folgende Resolution, im zweiten Teile
gegen nur 4 Stimmen, im übrigen einstimmig beschlossen:

„Die Versammlung verurteilt aufs Schärfste das parti-
zerrüttende Treiben der Minderheit. Sie erblickt in dem
Verlassen des Saales die Weigerung parteiweises Zu-
sammenarbeitens zu ermöglichen. Die Versammlung beauf-
tragt daher die Parteileitung, falls das die Organisation
zerstörerische Sondervorgehen auch in Zukunft beibehalten
wird, die statutarisch gegebenen Schritte dagegen zu unter-
nehmen.“

Dann wurden die Genossen Jäpel und Schmidt für
einberufene Mitglieder in die Pressekommission gewählt.

Berufsverklärung!

Die konservative Danziger Allgemeine Zeit-
ung veröffentlichte am 9. Oktober in der Nummer 237 folgen-
des Inserat des Großgrundbesizers Montu, das als Zeichen
der Kriegszeit historischen Wert haben dürfte:

Kontraktbrüchig wurde Dampfplugsführer
Szeponski und sein Sohn (Maschinist).
Warne vor Annahme, da Strafantrag und
Entschädigungsansprüche für Stillstehen des
Pluges gestellt sind.

Montu-Groß-Saalau bei Strajchin.

Von sozialer Neuorientierung verrät diese öffentliche
Warnung nicht eine Spur. Die Ursachen des behaupteten
Kontraktbruchs werden nicht einmal angedeutet. Ist es aber
erstaunlich, wenn Arbeiter unter Verhältnissen, wo noch solche
„Befestimmungen“ und ihre klar ersichtlichen Folgen mög-
lich sind, der Neigung zum Wechsel folgen?

Fahrradverkehr.

Bis zum 15. Oktober 1916 sind die Bereifungen, zu deren
Weiterbenutzung die Erlaubnis der Militärbehörden nicht
erteilt worden ist, bei der zuständigen Ortsbehörde auf dort
erhältlichen gelben Meldebüchern zu melden. Es wird be-
sonders darauf hingewiesen, daß die Meldepflicht auch die-
jenigen trifft, die die Gewährung der Erlaubnis zur Weiter-
benutzung ihrer Bereifung beantragt, bis zum 15. Oktober
1916 aber noch keine Entscheidung erhalten haben. Nach der
Verordnung vom 12. Juli 1916 waren Anträge auf Freigabe
unverzüglich zu stellen; Anträge, die jetzt erst gestellt werden,
sind zwecklos, da auf eine Entscheidung bis zum 15. Oktober
1916 nicht mehr zu rechnen ist.

Belangt die Erlaubnis des Militärbefehlshabers aus-
nahmsweise nach dem 15. Oktober 1916 in den Besitz des An-
tragstellers, so muß zur Vermeidung der angeblichen Ent-
eignung bei der Ortsbehörde unter Vorlage des Erlaubnis die
Berichtigung der dort geführten Meldebücher und des einge-
reichten Meldebuchs beantragt werden.

Starker Sturm

herrschte am Mittwoch, der sich besonders am Nachmittag und
abends steigerte. Er entwickelte solche Kraft, daß die neu-



Trustfrei Trustfrei

„Unsere Marine“

Zigarette
2 1/2 Pfg.

einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft

gebauter Meisthülle auf dem Hof der Caserne des Telegraphen-Bataillons in Langfuhr am Großen Ogerplatz gegen 4 Uhr zusammenstürzte. Der Landsturmmann Nordan wurde von den stürzenden Mauern erschlagen. Die Landsturmlieute Bohle, Stricker und Mecke sind schwer verletzt. Leichtere Verletzungen erlitt Landsturmmann Feltl. Der Bau soll solide ausgeführt und der Einsturz, der die Längsmauern völlig umlegte und das Dach abdeckte, nur durch die Gewalt des Sturmes verursacht sein. Kurze Zeit vor der Katastrophe hatten etwa 200 Mann in der Halle Wohnung erhalten. So hat der Unfall verhindert, daß die Zahl der Opfer erheblich größer wurde.

Ermäßigung des Brotpreises.

In einigen Tagen, wahrscheinlich vom 16. Oktober, tritt eine Verbilligung des Brotes ein. Die Anregung dazu gab, wie wir mitteilten, ein Antrag des Genossen Gehl.

Der Preis für 1000 Gramm Roggenbrot wird von 38 auf 35 Pfg. herabgesetzt, für die gleiche Menge Roggenmehl von 42 auf 40 Pfg. Um diese Verbilligung zu ermöglichen, mußte ein Ausgleich, wie es auch in Berlin geschah, durch Heraufhebung des Preises für Weizenmehl erfolgen. Da in Danzig der Verbrauch an Weizenmehl nur zu Zwölftel des Bedarfs an Backwaren, gegen sieben Zwölftel in Berlin, beträgt, so mußte eine größere Steigerung als dort vorgenommen werden. Der Preis für 1000 Gramm Weizenmehl wurde von 60 auf 70 Pfg. erhöht.

Die allgemeine Massenmahlzeit

wird schon die nächste, am Dienstag stattfindende Stadterwerbsversammlung beschäftigen. Geplant ist die fast lückenlose Ernährung aller Einwohner durch städtische Küchen. Es soll Müch- und Abendessen geben. Zwei Zubereitungen

sollen eine Auswahl ermöglichen. Unter Umständen ist die Frage ist bekannt. Auf einem anderen Wege läßt sich zweckmäßige Ernährung der Massen nicht ermöglichen. Höchstpreise allein würden nicht nur dahin, daß besonders die wertvolleren Lebensmittel den Begüterten vorbehalten bleiben. Notwendig ist aber, daß hier bei der Durchführung die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen wieder ausgeschlossen wird. In Frankfurt am Main an anderen Orten hat gerade sie die anfängliche Abneigung gegen die Massenmahlzeit überwinden helfen.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Jartel, Danzig.
Verlag Volkswacht A. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Jungstädtisches Gesellschaftshaus
Bes. Aug. Schmiecke Schichaugasse Nr. 6
Sonntag den 15. Oktober
2 Große Vorstellungen 2
Dinse
Familien-Programm 1888
Nachm. 5 Uhr nur **50 Pfg.** auf allen Plätzen.
Abends 8 Uhr: **Riesen-Programm 1**
Montag und folgende Tage: **Gr. Vorstellungen**

Familien-Unterhaltungsabend
Sonntag, 22. Oktober
im Café Bürgergarten, Steppuhn
Konzert • Theater • Vorträge
Zum Schluß
Gänseverlosung
Anfang 3 Uhr 1884 Eintritt 30 Pfennig

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“, Singspiel, Musik nach Franz Schubert v. H. Berle.
Dienstag, 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Das Märchenkind“, Tragödie von Walter Hasenauer.
Mittwoch, 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Fidelio“ von Beethoven.
Donnerstag, 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Klein Eva“, Lustspiel von Olga Dr. darauf Ballet.
Freitag, 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Die Leiden des Werther“ v. Goethe.
Sonnabend, 21. Oktober, abends 7 Uhr: „Wallensteins Tod“ von Friedrich v. Schiller.
Sonntag, 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr: „Dorf Verward“, Lustspiel von Friedmann und Kottow.
Abends 7 1/2 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“, Singspiel, Musik nach Franz Schubert v. H. Berle.

Volksvorstellung im Stadttheater
Am Sonntag den 15. d. Mts.
::: nachmittags 3 Uhr :::
Minna von Barnhelm.
Die Eintrittskarten sind in folgenden Geschäften zu haben:
Für die innere Stadt: bei Gebr. Wetzel, Langgasse Nr. 1, Langgasse 81 und Stadtgraben Nr. 8, Firma Lankoff, III. Damm 78 und Borstsch. Graben 12/14, Rosmerowski, Schichaugasse 16 und Koh. Ziehm, Weidengasse 47.
Für Langfuhr: bei Gebr. Wetzel, Hauptstraße 34.
Für Neufahrwasser: bei Fleischermeister Rösler, Olivaerstraße 68.
Für Schönefeld: bei Frau Marie Borowski, Karthäuserstraße 20.
Für Stadtgebiet: bei Bäckermeister Bremer, Stadtgebiet 19.
Für St. Albrecht: bei Brauereibesitzer Gamm, St. Albrecht 50.
Für Kneiphof: bei Kaufmann Kämmer, Kneiphof 15/18.
Für Silesienberg: bei Restaurateur Sebastian, Opigstraße 17.
Für Heubude: bei Kaufmann Blank, Heubudestraße 33.
Für Bräsen: bei Kaufmann Wegner, Danzigerstraße 2.
Jeder Platz kostet 30 Pfg. Die Eintrittskarten werden in geschlossenen Umschlägen verkauft, die gezogen werden. Der Preis ist vorher zu entrichten. Ein Teil der Umschläge enthält nur eine Eintrittskarte, der andere Teil zwei für benachbarte Plätze. Mehr als 4 Eintrittskarten soll niemand kaufen. Ein Umtausch oder eine Zurücknahme der eingekauften Eintrittskarten findet nicht statt. Der Verkauf wird am Freitag mittag geschlossen.
Danzig, den 10. Oktober 1916. 385
Der Magistrat.



Lustige Blätter
Durch wundervolle Bilder und packenden Text
Das humoristische Zeitblatt aller Feldgrauen und Dageimgebliebenen!
Tausende von Feldpostbriefen beweisen, daß jede Nummer der „Lustigen Blätter“ als „Liebesgabe“ besonders willkommen ist und immer wieder bei ganzen Truppenreihen fröhliche Stimmung verbreitet hat.
Feldpost- und Probe-Abonnements monatlich: nur Mark 1,20 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
Verlag der Lustigen Blätter, in Berlin SW. 68.

Trauer-Blumen
in reichster Auswahl.
zu billigsten Preisen.
Goldstein
Lorenzberggasse 4, gegenüber der Markthalle.

Neue-Welt-Kalender für 1917
ist für 50 Pfg. nach auswärts 10 Pfg. Porto zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Wir empfehlen, soweit wie angängig,
Kartoffeln
auch in größeren Mengen von den Friedenslieferanten zu beziehen, sofern diese in den Kreisen Danzig-Höhe, Karthaus, Berent und Neustadt wohnen.
Aus anderen Kreisen kann Bezug in kleineren Mengen beantragt werden. Anmeldungen für sämtliche Bezüge werden entgegengenommen.
Magistrat, Pfefferstadt 38, I.

Die Zeit ist da!
Ihren Ulster oder Paletot einzukaufen
Meine schicken Fassons Meine billigen Preise
Meine enorme Auswahl Meine gediegene Verarbeitung
erregen die allgemeine Bewunderung der Käufer.
Mass-Abteilung: Ich führe die neuesten Stoffe, liefere vorzügliche Arbeit zu den heutigen Verhältnissen entsprechend mässigen Preisen
Sämtliche Neuheiten für Herbst und Winter sind eingetroffen
Fertige Anzüge :: Lodenjoppen :: Pelzjoppen
Paletots :: Ulster :: Bozener Mäntel :: Capes
Grösste Auswahl in Jünglings- und Knaben-Bekleidung
Tel. 2121 **J. Rosenbaum**, Breitgasse Nr. 128 29
Alleiniger Lieferant des Konsum-Vereins für Danzig
Bitte um Beachtung meiner Schaufenster

Karbid-Lampen
Karbid- und Taschenlampen, Sprechmaschinen, Schallplatten, Nähmaschinen, vor- und rückwärtsnähend. 1815
A. Hein, Breitgasse 113.
Volkswacht
Danzig
Paradiesgasse Nr. 32
Druckarbeiten
Bereine n Private
in moderner Ausstattung
Spezialität:
Massenanlagen

Echt gefädelten **Schnupftabak** offeriert
garant. rein.
Julius Gosda, Rohabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrikant,
Danzig, Ede Hälergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428
Jeder liest in der
Albert Bonnier's 30 Pfennig-Bücherei
Die besten Werte der modernen Literatur
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse Nr. 32
Gelesene Nummern der Volkswacht werfe man nicht achtlos fort, sondern lasse sie uns noch Fernsehenden zukommen.



Keinen Tropfen Wasser
Dr. Gontner's Des-Wachs-Rederputz Nigrin durch das Bedecken des Schuhzeugs eindringen bei fortwährendem Gebrauch. Eine rauchdünne, hochglänzende, durch Wasser und Schnee unzerstörbare Wachs-schicht bildet sich auf dem Leder, welche das Eindringen des Wassers verhindert. Nigrin färbt nicht ab.
Sofortige Lieferung auch Dr. Gontner's Schuhzeit-Strumpf- und Universal-Franz-Lederseff.
Heerführerplakate.
Fabrikant: Carl Gontner, Hem. Fabrik, Öppingen (Württemberg.)